



BESCHLUSSPROTOKOLL

der 9. Sitzung des Kreistages des Hochtaunuskreises in der XI. Wahlzeit
am Montag, den 19.06.2017, im Landratsamt Bad Homburg v. d. Höhe.
Sitzungsdauer 17:03 Uhr bis 17:53 Uhr

A. Anwesend

Vorsitzende/r

Jürgen Banzer

CDU

Dr. Frank Ausbüttel
Holger Bellino
Dr. Dagmar Charrier
Dr. Nicole Demme
Matthias Drexelius
Norbert Fischer
Agnes Gerecht
Kerstin Giger
Alexander Hees
Alexander Hetjes
Alexander Jackson
Heidrun Kaunzner
Markus Koob
Claudia Kott
Elvy Mäkitalo
Roland Mittmann
Susanne Odenweller
Thorsten Schorr
Roland Seel
Gregor Sommer
Sebastian Sommer
Bettina Theissig

SPD

Marco Abbé
Walter Breinl
Hans-Georg Brum
Beate Denfeld
Petra Fuhrmann
Rosi Gottschalk
Birgit Hahn
Thomas Papadopoulos
Astrid Schatta
Rebecca Schmidt
Bernhard Schneider

Dr. Stephan Wetzel

GRÜNE

Dr. Christian Albrecht
Laura Burkart
Norman Dießner
Ellen Enslin
Carsten Filges
Christina Herr
Inge-Lore Kausen
Lars Keitel
Hadmut Lindenblatt
Dirk Sitzmann

FDP

Katja Adler
Holger Grupe
Philipp Herbold
Heike Kolter
Dr. Stefan Naas
Dagmar Reuter
Ulrike Schmidt
Franz Tauber

AfD

Michael Beyerbach
Michael Dill
Birgit Grohne-Münch
Thomas Langnickel
Peter Lutz
Peter Münch
Andreas Sell
Ileana Aura Vogel

FWG

Andreas Bernhardt
Karin Birk-Lemper
Götz Esser
Hellwig Herber
Renzo Sechi

ab TOP 5.1 (17:34 Uhr)

DIE LINKE.

Werner Frey
Okan Karasu

REP

Kim-Philipp Nowak

parteilos

Andreas Moses

Kreisausschuss

Ulrich Krebs
Uwe Kraft
Katrin Hechler
Gerd Arenz
Matthias Bergmeier
Andrea Conrad
Susanne Eichhorn
Hartmut Haibach
Rudolf Kretzschmar
Hans Leimeister
Oscar Müller
Andrea Pfäfflin
Wolfgang Schmitt
Dr. Regina Sell
Bert Worbs

Schriftführer

Michael Frauenstein

Verwaltung

Annette Goy
Brit Kerfien

Entschuldigt

SPD

Dr. Nico Sturm

B. Eröffnung

Der Kreistagsvorsitzende Jürgen Banzer eröffnet die 09. Sitzung des Kreistages des Hochtaunuskreises in der XI. Wahlzeit. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde und der Kreistag beschlussfähig ist.

Folgende Unterlagen wurden auf den Tisch gelegt:

- Protokolle der Sitzungen der Ausschüsse des Kreistages
- Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE 2017/0356/KT/1
- vier Fragen zur Fragestunde
- Liste der Tagesordnungspunkte, die ohne Aussprache zur Abstimmung kommen

C. Abwicklung der Tagesordnung

TOP	Bezeichnung/Beschlusstext	Vorlagen-Nr.
1.	Mitteilungen	

1.1. Mitteilungen des Kreistagsvorsitzenden

Geburtstag

Der Kreistagsvorsitzende Jürgen Banzer gratuliert Herrn Landrat Ulrich Krebs und Frau Denfeld zum heutigen Geburtstag.
Ferner wünscht er Herrn Esser alles Gute zur Hochzeit.

Mitgliedschaft im Haupt- und Finanzausschuss

Herr Esser von der FWG-Kreistagsfraktion hat seinen Sitz im Haupt- und Finanzausschuss niedergelegt. Für ihn ist Herr Herber nachgerückt.

1.2. Mitteilungen des Kreisausschusses

./.

1.3. Mitteilungen der Ausschüsse

Die Vorsitzenden

- des Ausschusses für Schule, Kultur, Sport und Freizeit,
- des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration sowie
- des Haupt- und Finanzausschusses

verweisen auf die ausliegenden und im Gremieninformationsportal zugänglichen Protokolle der stattgefundenen Sitzungen.

2. **Fragestunde**
 2.1. **Frage der Kreistagsfraktion GRÜNE und der Gruppe DIE LINKE. 2017/0371/F**
Aktueller Sachstand Beschlusslage des Kreistagsbeschlusses „Nein
zum vierspurigen Ausbau der B456

Herr Erster Kreisbeigeordneter Uwe Kraft beantwortet folgende Frage

„Vor einem Jahr, in der Kreistagssitzung am 6. Juni, wurde auf Antrag der Gruppe DIE LINKE. beschlossen, dass der Kreistag sich dafür ausspricht „dass der Kreisausschuss gemeinsam mit der Stadt Bad Homburg Alternativlösungen zu der bisher angestrebten Tunnellösung prüft.“ Ebenso wurde beschlossen, dass darüber hinaus der Kreisausschuss gebeten wird, „sobald Prüfungsergebnisse vorliegen, dem Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt die verschiedenen Lösungsvorschläge für die Problematik an der PPR-Kreuzung mittels einer Kosten-Nutzen-Analyse darzulegen. Im Ausschuss sollen diese Vorschläge mit dem Ziel diskutiert werden, gemeinsam mit dem Bund und der Stadt Bad Homburg zu einer Lösung zu kommen.“ Am 30. Mai war in der Taunus-Zeitung zu lesen, dass der Bad Homburger Oberbürgermeister, Alexander Hetjes auf Nachfrage des BLB-Abgeordneten Manfred Heckelmann gesagt hat, dass erneute Verkehrszählungen notwendig seien. Zudem wurde der Oberbürgermeister zitiert, dass es regelmäßig zu Treffen zwischen Vertretern der Stadt und des Kreises kommt, bei denen der Umbau erörtert und über eine Kostenteilung gesprochen wird. Der Ausschuss für Bauen, Planen, Verkehr und Umwelt ist bisher nicht informiert worden, auch wurde seit über einem Jahr kein Zwischenbericht vorgelegt. Aus diesem Grund bitten wir den Kreisausschuss um Beantwortung folgender Frage:

Frage gemäß § 17 der Geschäftsordnung des Kreistages:

Welche Treffen und Planungen zur Umbau der PPR-Kreuzung haben in dem Jahr seit Beschlussfassung mit welchem Ergebnis stattgefunden?“

mit der Anlage I des Protokolls.

- 2.2. **Frage der Kreistagsfraktion GRÜNE und der Gruppe DIE LINKE. 2017/0372/F**
Weitere Zeitplanung zur Umsetzung des Kreistagsbeschlusses „Nein
zum vierspurigen Ausbau der B456“ vom 6. Juni 2016

Herr Erster Kreisbeigeordneter Uwe Kraft beantwortet die Frage

„Vor einem Jahr, in der Kreistagssitzung am 6. Juni, wurde auf Antrag der Gruppe DIE LINKE. beschlossen, dass der Kreistag sich dafür ausspricht „dass der Kreisausschuss gemeinsam mit der Stadt Bad Homburg Alternativlösungen zu der bisher angestrebten Tunnellösung prüft.“ Ebenso wurde beschlossen, dass darüber hinaus der Kreisausschuss gebeten wird, „sobald Prüfungsergebnisse vorliegen, dem Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt die verschiedenen Lösungsvorschläge für die Problematik an der PPR-Kreuzung mittels einer Kosten-Nutzen-Analyse darzulegen. Im Ausschuss sollen diese Vorschläge mit dem Ziel diskutiert werden, gemeinsam mit dem Bund und der Stadt Bad Homburg zu einer Lösung zu kommen.“ Da dem Ausschuss für Bauen, Planen, Verkehr und Umwelt seit über einem Jahr bisher keine Eckpunkte zur Umsetzung des Beschlusses vorgestellt worden sind, wird der Kreisausschuss gebeten, folgende Frage zu beantworten:

Frage gemäß § 17 der Geschäftsordnung des Kreistages:

Welche Maßnahmen und Planungen zur Umsetzung des vorgenannten Beschlusses sind in diesem und den nächsten Jahren wann geplant?“

mit der Anlage I des Protokolls.

Auf eine Zusatzfrage von Frau Herr antwortet Herr Erster Kreisbeigeordneter Uwe Kraft:

„Eine Beratung in den Gremien halten wir für verfrüht. Zunächst einmal brauchen wir aktuelle Verkehrsdaten. Die letzten sind mehrere Jahre alt. Durch die jetzt zu ermittelnden Daten sollen verlässliche Grundlagen erhoben werden, welche Verkehrsbelastungen für welche Straßen jetzt schon bestehen und welche von der Kapazität her möglich sind. Insofern bitten wir um Verständnis, dass wir die Diskussion erst in dem Moment führen können, wenn die Fakten auf dem Tisch liegen.“

Auf die Frage von Herrn Karasu:

Wie sieht der Zeitplan dieser Arbeitsgruppe aus? Wann kann man mit ersten Ergebnissen rechnen?

antwortet Herr Erster Kreisbeigeordneter Uwe Kraft:

„Wir gehen davon aus, dass die Datenerhebung nach den Sommerferien stattfinden wird, damit wir zeitnah in diesem Jahr noch Ergebnisse dahingehend vorliegen haben, welche Verkehrsströme es jetzt beispielsweise aus dem Usinger Land in Richtung Rhein-Main-Gebiet, oder auch als reine Fahrten aus dem Usinger Land nach Bad Homburg, die Innenstadt, nach Oberursel usw. gibt.“

**2.3. Frage der Kreistagsfraktion GRÜNE
Sicherstellend des Schwimmunterrichts**

2017/0373/F

Herr Landrat Ulrich Krebs beantwortet die Frage

„Mit Pressemitteilung vom 6. Juni 2017 gaben die Stadtwerke Oberursel bekannt, dass die Schwimmhalle des Taunabades in Oberursel ab sofort geschlossen werde, voraussichtlich bis zum Ende der diesjährigen Freibad-Saison, Grund für diese Maßnahme, so die Pressemitteilung der Stadt Oberursel ebenfalls vom 6. Juni 2017, seien notwendige Stabilisierungsarbeiten an den beiden Lichtgräben des Daches. Da noch keine finale Entscheidung des eingeschalteten Gerichtsgutachters vorläge, könne die vollständige Sanierung der aufgrund eines Feuchtigkeitseintrags entstandenen Schäden am Dach der Schwimmhalle noch nicht begonnen werden. Es würden lediglich Maßnahmen zur Stabilisierung der beiden Lichtschächte vorgenommen, die ansonsten nicht den statischen Anforderungen entsprechen würden. Damit ist der Schwimmunterricht im laufenden Schuljahr und zu Beginn des kommenden Schuljahres in einigen Klassen gefährdet. Dies vorausgeschickt wird der Kreisausschuss gefragt:

Frage gemäß § 17 der Geschäftsordnung des Kreistages:

Welche Maßnahmen sind seitens des Hochtaunuskreises vorgesehen, um Schwimmunterricht in diesem und dem nächsten Schuljahr sicher zu stellen?“

wie folgt:

Wir haben umgehend Kontakt zum Sportkoordinator für Oberursel und Steinbach und dem Badbetreiber BSO aufgenommen.

Wir gehen davon aus, auch nach Rücksprache mit den Schulen, dass bis zu den Sommerferien Schwimmunterricht durch die Nutzung des Freibades abgebildet werden kann und auch andere Sport- und Bewegungsangebote gemacht werden können bzw. durch Projektwochen ohnehin kein Bedarf besteht.

Es ist so, dass die Stadt Oberursel davon ausgeht, dass die Schließung bis zum Herbst abgeschlossen sein kann. Wenn das nicht möglich ist, werden wir parallel dazu einen Alternativplan ausarbeiten. Ich darf aber hier anmerken: Wir hatten ja während der gesamten Bauphase eine gute Zusammenarbeit mit dem Kurbad in Königstein gehabt und auch in Bad Homburg mit dem Seedammbad. So dass wir, wenn eine längere Schließung anstehen sollte, dass über diese beiden Alternativen werden abfangen können. Aber wir vertrauen darauf, dass die Stadt Oberursel dies zügig in den Griff bekommt und wir nach den Herbstferien hoffentlich wieder Schwimmunterricht geben können.

**2.4. Frage der AfD-Kreistagsfraktion 2017/0374/F
Aktueller Sachstand zur Vermarktung des Geländes des alten Kreiskrankenhauses in Bad Homburg**

Herr Erster Kreisbeigeordneter Uwe Kraft beantwortet die Frage

„Unsere Anfrage zur Vermarktung und Baurechtschaffung des Geländes des ehemaligen Kreiskrankenhauses vom 09.03.2017 wurde nur zur Hälfte beantwortet, nämlich lediglich in Bezug auf die Baurechtschaffung.

Der Vermarktungsstand wurde nicht erwähnt. Da die Abgeordnete Schmidt (SPD) bereits in der Kreistagssitzung vom 14.11.2016 behauptet hatte, der Landrat befände sich in Verhandlungen, würde uns der Stand dieser Verhandlungen interessieren. Insbesondere interessiert dabei, ob nur mit der Stadt Bad Homburg verhandelt wird oder aber zum Zweck der Erlösoptimierung auch mit anderen Interessenten gesprochen wird.

Frage gemäß § 17 der Geschäftsordnung des Kreistages:

Wie ist der aktuelle Vermarktungsstand bezüglich des Geländes des alten Kreiskrankenhauses in Bad Homburg?“

wie folgt:

„Die aktuelle Situation bezüglich der Verkaufsaktivitäten für unsere Liegenschaft am ehemaligen Kreiskrankenhaus Bad Homburg ist so, dass mittlerweile rund 60 Investoren, Planer und Stadtentwickler sich bei uns vorstellig geworden sind. Die Gespräche sind auf der Basis der seinerzeit beschlossenen Rahmenplanung geführt worden. Neben der reinen Schaffung von Wohnraum wurde auch die Vorgabe beschlossen, dass 20 Prozent der entstehenden Geschossflächen als „preisgünstiger Wohnraum“ entstehen soll. Dies war auch Grundlage der Gespräche mit den Interessenten. Auch die Stadt Bad Homburg hat, wie es aus der Stadtverordnetenversammlung bekannt ist, Interesse am Ankauf des Areals geäußert und mit der Stadt führen wir selbstverständlich ebenfalls Gespräche. Allerdings wissen Sie, dass natürlich jeder, der dann aufgefordert wird, konkrete Kaufpreisgebote abzugeben, dies von einer verlässlichen Planung abhängig macht. Und diesbezüglich sind wir mit der Stadt Bad Homburg im Gespräch, die Hoheitsträger des Planungsrechtes ist und von der wir auch, trotz hervorragender Zusammenarbeit, ein stückweit abhängig sind. Diese Gespräche werden geführt.

Wir verfolgen natürlich das Ziel, einen möglichst hohen Kaufpreis zu erzielen. Dabei muss natürlich berücksichtigt werden, dass mögliche Investoren den Wunsch nach bezahlbarem Wohnraum in ihrer Kalkulation mit einbeziehen.“

Auf die Zusatzfrage von Frau Vogel bzgl. dem ehemaligen Klinikgrundstück in Usingen antwortet Herr Erster Kreisbeigeordneter Uwe Kraft:

„Was den ehemaligen Klinikstandort in Usingen angeht, verhandeln wird derzeit mit der Stadt über die Schaffung des Baurechts. Dabei ist uns nicht nur aus Einnahmegründen an einer guten Ausnutzung gelegen, sondern weil dadurch auch mehr Wohnraum, insbesondere preisgünstiger Wohnraum geschaffen werden kann.

Auf dieser Basis sollen dann unsere Grundstücke öffentlich angeboten werden. Was den Zeitpunkt eines Verkaufs angeht, bitte ich aber zu berücksichtigen, dass wir mit der Räumung des Areals ein Stück weit darauf angewiesen sind, dass wir die dort lebenden Asylbewerberinnen und –bewerber irgendwo alternativ untergebracht werden müssen. Da es kontingentierte Flüchtlinge sind, die auf die Unterbringungsverpflichtung der Stadt Usingen angerechnet wurden, sind wir zuversichtlich mit der Stadt eine gemeinsame Lösung zu finden.“

Auf eine weitere Frage antwortet er wie folgt:

„Den Zeitrahmen habe ich bereits wie folgt mitgeteilt: So schnell als möglich. Allerdings liegt die Schaffung des Baurechts in der alleinigen Zuständigkeit der Stadt Usingen.“

3. **Vorlagen des Kreisausschusses**

3.1. **Abschluss von Verwaltungsvereinbarungen zur Umsetzung des Pakts für 2017/0348/KA den Nachmittag mit den Städten Bad Homburg und Neu-Anspach sowie der Gemeinde Schmitten**

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), SPD (12), GRÜNE (10), FDP (8), AfD (8), (12), FWG (4), DIE LINKE (2), REP (1), Moses (1)
 Nein: ./.
 Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

1. Den als Anlage II beigefügten Verwaltungsvereinbarungen wird zugestimmt.
2. Der Kreisausschuss wird ermächtigt, die Vereinbarungen auch dann abzuschließen oder zu verändern, wenn geringfügige Abweichungen von den genannten Vertragsbedingungen im Zuge der weiteren Entwicklung des Projekts erforderlich werden sollten. In diesem Falle ist dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Freizeit unverzüglich zu berichten.

3.2. **Ergänzungsbericht zum Beteiligungsbericht 2015** **2017/0352/KA**

Der Kreistag nimmt den Ergänzungsbericht zum Beteiligungsbericht 2015 zur Kenntnis.

4. **Vorlagen der Ausschüsse**

./.

5. **Anträge**
- 5.1. **Antrag der AfD-Kreistagsfraktion** **2017/0356/KT**
Antrag auf Erstellung eines konzeptionellen und wirtschaftlichen Planes
zur Bekämpfung multiresistenter Keime in den Hochtaunus-Kliniken
Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE **2017/356/KT/1**

Herr Dill begründet den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion.

Herr Dießner begründet den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE.

Anschließend sprechen Herr Landrat Ulrich Krebs, Herr Bellino und Herr Lutz.

Herr Bellino bittet den Kreistagsvorsitzenden, Herrn Lutz aufgrund seiner Aussage „Nun ist es so, dass unsere oberste Schleuserin ja viele Menschen aus Afrika zu uns kommen.“ [sic] zu rügen.

Der Kreistagsvorsitzende Jürgen Banzer erteilt Herrn Lutz gemäß § 37 Geschäftsordnung des Kreistages eine Rüge (Ruf zur Ordnung) mit dem Hinweis, es sei unparlamentarisch die Bundeskanzlerin Angela Merkel als oberste Schleuserin zu bezeichnen.

Zum Ende der Aussprache folgen Reden von Frau Fuhrmann und Frau Vogel.

2017/356/KT/1

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), SPD (12), GRÜNE (10), FDP (8), FWG (5), DIE LINKE. (2), Moses (1)
 Nein: AfD (8)
 Enthaltung: REP (1)

gefasster Beschluss

Der Kreisausschuss wird gebeten, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration über das aktuelle Konzept der Hochtaunus-Kliniken zur Infektionsbekämpfung und Vermeidung von multiresistenten Keimen zu berichten. Ebenso wird gebeten, über den grundsätzlichen Bereich der Hygieneüberwachung, soweit dies in die Zuständigkeit des Hochtaunuskreises fällt, ebenfalls zu berichten.

Die Geschäftsführung der Hochtaunus-Kliniken und das Gesundheitsamt sind einzubeziehen.

2017/356/KT

erledigter Beschluss (aufgrund der Beschlussfassung des Änderungsantrages)

Der Hochtaunuskreis spricht sich für eine strikte Hygieneüberwachung in Krankenhäusern und Pflegeheimen aus.

Im Einflussbereich des Kreises, dies bedeutet in den Kliniken des Hochtaunuskreises, wird zu diesem Zweck zusammen mit den verantwortlichen Stellen ein Konzept erstellt zur Infektionsbekämpfung- und Vermeidung von multiresistenten Keimen.

Dieses Konzept umfasst insbesondere die Untersuchung jedes neu eingelieferten Patienten auf diese Keime. Liegt eine Infektion mit wahrscheinlich multiresistenten Keimen vor oder besteht der Verdacht, verbleibt der Patient bis zur finalen Klärung in einem von anderen Patienten abgeschirmten Bereich.

Der Hochtaunuskreis trägt die dadurch entstehenden Mehrkosten von geschätzt 500.000€ pro Jahr.

Der Kreistagsvorsitzende Jürgen Banzer bedankt sich für die Mitarbeit, schließt die Sitzung und teilt mit, dass die nächste Sitzung des Kreistages am 18.09.2017 stattfindet.

Vorsitzende der Fraktionen, der Gruppe
sowie fraktions- und gruppenloser Abge-
ordneter

gez. Jürgen Banzer
Kreistagsvorsitzender

gez. Frauenstein
Schriftführer